

Faschismus entgegentreten – auf der Straße und in den Parlamenten!

Nach den Wahlerfolgen der NPD in Sachsen, in Mecklenburg-Vorpommern und auch einigen Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin ist es heutzutage mehr denn je nötig Neonazis offen und vor allem gemeinsam entgegen zu treten, um zu zeigen: wir wollen keine rassistische und volksverhetzende Propaganda:

Demonstration und Kundgebung am 26. Oktober 2006

**14:00 Uhr: Demonstration vom Hermannplatz zum Rathaus Neukölln
ab 15:30: Kundgebung am Rathaus Neukölln**

Bei den Wahlen am 17. September gelang der NPD und den Republikanern der Einzug in fünf Bezirksverordnetenversammlungen. Neben Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick erreichte die NPD mit ihrer menschenverachtender Hetze in Neukölln 3,9% der Stimmen. Sie wird künftig mit zwei Abgeordneten, Jan Sturm und Thomas Vierk, in der BVV vertreten sein, womit ihnen eine weitere Bühne zur Verbreitung ihrer rassistischen Propaganda zu Verfügung steht.

Überdurchschnittliche Stimmenergebnisse erzielte die NPD vor allem im Süden Neuköllns. Aber auch in Nord-Neukölln gibt es Wahllokale mit 5-10 Prozent für die NPD. Gerade in Rudow, aber auch in Buckow sind Nazis massiv auf der Straße präsent. Diese stellen für alle, die nicht in das enge Weltbild der Nazis passen, eine Bedrohung dar. Die NPD hat auch in ihren 2005 gegründeten Neuköllner Kreisverband militante Nazis aus den Kameradschaften aufgenommen und ist eng mit diesen vernetzt. So sind auch in Treptow-Köpenick Mitglieder aus der vom Berliner Innensenator verbotenen Kameradschaft „BASO“ in der Jugendorganisation der NPD aktiv.

Die NPD versucht sich als die soziale Vertretung der Bevölkerung darzustellen. Mit Parolen gegen Hartz IV und Forderungen, in denen sie deutsche und nichtdeutsche Arbeitslose gegeneinander ausspielt, tritt sie in der Öffentlichkeit auf. Tatsächlich sind ihre Positionen gegen Arbeitslose und Beschäftigte gerichtet. Statt Benennung der wahren Ursachen für Armut und Arbeitslosigkeit hetzt sie gegen Kolleginnen und Kollegen nichtdeutscher Herkunft und vertritt mit ihrer Forderung nach Zwangsarbeitsdiensten alles andere als soziale Positionen.

Die Politik der NPD ist gegen Mitbürger und Mitbürgerinnen, Freundinnen und Freunde und Nachbarinnen und Nachbarn gerichtet, die seit Jahrzehnten in Neukölln zu Hause, hier geboren oder aus ihrem Heimatland geflohen sind. Diese Hetze ist für uns nicht tolerierbar.

Rassistische und faschistische Stimmungen werden auch durch Diskussionen, die die sozialen Probleme Neuköllns vor allem an dem hohen MigrantInnen-Anteil in Nord-Neukölln festmachen, mit geschürt. Wir treten gemeinsam ein: gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, für die Lösung der sozialen Probleme und für ein friedliches Zusammenleben in Neukölln.

Am 26. Oktober findet die erste Sitzung der neu gewählten Bezirksverordnetenversammlung statt. Wir rufen aus diesem Anlass zu einer antifaschistischen Demonstration und Kundgebung vor dem Rathaus auf und fordern:

- **Keine Toleranz gegenüber Rassismus und Antisemitismus**
- **Für die Isolierung der neofaschistischen NPD**
- **Für die Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Projekte in Neukölln**
- **Gemeinsam für ein besseres Leben streiten – gegen rassistische Spaltung und Ausgrenzung!**

Veranstalterin: Antifaschistisches Bündnis Neukölln.

Zur Demonstration und Kundgebung rufen auf:

Autonome Neuköllner Antifa (A.N.A.), Chile Freundschaftsgesellschaft „Salvadore Allende“ e.V., Deutsche Kommunistische Partei (DKP) – Neukölln, Föderation der demokratischen Arbeitervereine (DIDF) – Berlin, Galerie Olga Benario, Humanistischer Verband Deutschland – Landesverband Berlin, Grüne Jugend, Junge Linke Neukölln, Die Linke.PDS Neukölln, Jusos in der SPD – Neukölln, Projektraum Neukölln, SJD – Die Falken Kreisverband Neukölln, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), WASG-Neukölln.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!